

## **Pr o t o k o l l**

### **der 2. Sitzung des Projektausschusses gegen Radikalismus und Gewalt**

Ort: Bücherei der Kreisverwaltung, Parkstraße 6, 34576 Homberg (Efze)  
Termin: Dienstag, der 12.05.2009  
Beginn: 16.00 Uhr  
Ende: 18.00 Uhr

#### **Entschuldigt sind:**

Herr Runzheimer, Frau Pfaff, Herr Almasi, Frau Tal- Rüttger, Herr Recke, Herr Lohr, Frau Re-ger

#### **Anwesende :**

Herr Ide, Herr Hassenpflug, Frau Burger, Herr Krause- Willenberg, Herr Dr. Vaupel, Frau Credé, Herr Schott, Herr Dr. Wondrak, Frau Melzer, Herr Brettschneider, Frau Scheffer, Herr Prof. Dr. Strasser, Herr Fischer, Herr Akdag, Herr von Horn, Frau Neumann, Herr Rexroth, Frau Wagner, Herr Bürger, Frau Spohr

#### **Tagesordnung:**

1. Begrüßung durch Frau Wagner
2. Erlebniswelt Rechtsextremismus- Referat durch Helge von Horn, Soziologe
3. Diskussion und offenes Gespräch
4. Rückmeldung zur Strukturanalyse durch MBT- Zwischenmeldung und Stand der Auswertung
5. Ausblick und Einblick in den Projektplan: Was leistet das Projekt?
6. Rückfragen und Diskussion
7. Termine
8. Sonstiges

#### **TOP 1**

Frau Wagner begrüßt die Anwesenden, entschuldigt Herrn Landrat Neupärtl und eröffnet die Sitzung.

Herr Bürger skizziert den weiteren Sitzungsverlauf.

#### **TOP 2**

Referat Herr von Horn „Erlebniswelt Rechtsradikalismus“, siehe Anlage

#### **TOP 3**

Herr Rexroth, Beratungsnetzwerk Hessen, weist darauf hin, dass das Phänomen Rechtsradikalismus definitiv kein Jugendproblem ist, sondern die gesamte Bevölkerung angeht und die Mitte der Gesellschaft betrifft.

#### **TOP 4**

Struktur- und Regionalanalyse Schwalm-Eder-Kreis: Frau Neumann, Mobiles Beratungsteam Kassel, berichtet von der zur Zeit durchgeführten Analyse.

Zwischenstand: zur Zeit sind ca. 100 Personen interviewt worden. Die Auswertung wird nach den Sommerferien abgeschlossen sein und dann auch veröffentlicht werden. Insgesamt ist zu sagen, dass viele BürgerInnen sofort und gerne bereit waren, für die Interviews zur Verfügung zu stehen.

Herr Bürger steht zur Zeit in Kontakt mit der EFH Darmstadt und möchte anregen, dass sich Studierende in ihren Diplomarbeiten mit dem Thema auseinandersetzen.

Frau Scheffer gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken, genau zu überlegen, wie das erlangte Wissen dann auch in der Praxis umgesetzt werden kann. Es müsse vermieden werden, dass eine kleine gut informierte Minderheit an Bürgerinnen und Bürgern, die über viel Wissen zum Thema verfügt, einer breiten Masse gegenüber stehe, die nicht mit einbezogen würde. Das Projekt dürfe kein „Feigenblatt“ werden, sondern unsere Erkenntnisse müssten auch in der Breite praktisch umgesetzt werden. Frau Sr. Gabriele Melzer unterstützt die Anregungen von Frau Scheffer und schlägt vor, dass der Projektausschuss sich auch für Jugendliche öffnet oder ein Gremium für Jugendliche geschaffen wird.

Frau Neumann verweist auf die Interviews: so wird ebenfalls abgefragt, wo welche Ressourcen und Potentiale liegen, wer sich wo engagiert bzw. dieses plant. Auf diese Informationen soll in der konkreten Arbeit aufgebaut werden. Weitergehend liege es an allen beteiligten Personen, das Thema in einem Zusammenspiel aller Akteure weiter zu transportieren.

Frau Wagner führt aus, dass alle Beteiligten eingebunden würden und für ihren Bereich Projekte initiieren sollten, damit die Initiativen keine „Eintagsfliegen“ werden, sondern nachhaltige Strukturen aufgebaut werden. Beispielsweise könnte man in Kooperation mit der IHK in Betriebe gehen, um junge Azubis anzusprechen. Deshalb seien auch Schulen, Feuerwehr, Kirchen und andere Verbände so wichtig, wenn wir viele junge Menschen erreichen wollen.

Herrn Krause-Willenberg ist wichtig, dass Alternativen aufgezeigt werden, es solle nicht nur „gegen Ausländerfeindlichkeit“ gearbeitet werden, sondern für ein „Tolerantes Miteinander“. In diesem Zusammenhang verweist er auf Seminare zum Thema Diversity/Vielfalt (nähere Infos dazu in der Gedenkstätte Breitenau).

Herr Dr. Vaupel wünscht sich, dass verlässliche Strukturen entwickelt werden, denn Schule hat als Institution eine zentrale Funktion. Die Frage sei, „wie muss Schule sein, damit rechtsextreme Strukturen nicht mehr attraktiv sind“. Jugendliche sollten sich in der Schule wohl fühlen, und sie müssten dort eine Alternative für ihren Alltag erhalten. So sollten mehr Sozialpädagogen in Schulen eingesetzt werden. Herr Bürger führt aus, dass dies natürlich auch für die Jugendarbeit gelte. Frau Wagner skizziert, dass schon im Elementarbereich angefangen werde und verweist auf die unterschiedlichsten Projekte wie „papilio“ in Kindergärten.

## **TOP 5**

Herr Bürger gibt einen ausführlichen, als Tischvorlage verteilten, Überblick über den Projektstand.

Er informiert über die zum Termin der Sitzung freigeschaltete Homepage [gewalt-geht-nicht.de](http://gewalt-geht-nicht.de).

Frau Wagner weist nochmals auf schon durchgeführte Projekte aus dem Sport- und Feuerwehrbereich und die Zusage, erfolgreiche, schon existierenden Projekte aus dem Bereich in den SEK zu holen, hin. Weiterhin führt sie aus, dass auch die Eltern mit eingebunden werden müssen, um sie in ihrer Situation, die zum Teil von Hilflosigkeit geprägt ist, nicht alleine zu lassen.

## **TOP 6**

Herr Fischer, IHK, fragt nach, in wie weit das Projekt mit dem Titel „Gewalt geht nicht“ auch zu erweitern sei und führt unterschiedliche Stichpunkte wie Amokläufe, Gewalt im Allgemeinen, an. Herr Bürger führt aus, dass im Augenblick der Schwerpunkt wegen des Vorfalls am Neuenhainer See und durch die Einstellungspotentiale auf den rechtsradikalen Fokus begrenzt ist, möchten jedoch in Zukunft gerne auch die Facetten der Thematik erweitern.

Frau Burger greift einen Gedanken von Herrn Rexroth auf: immer mehr Rechtsradikale unterwanderten auch Kindergärten. Frau Wagner erklärt, dass alle in Kindergärten tätigen Fachkräfte daraufhin überprüft werden müssen. Dies ist auch eine Strategie der Rechten, beschreibt Herr

Rexroth: die Mitgliedschaft Rechtsradikaler beispielsweise in einem Verband, könne in der Regel nur unter großen Anstrengungen und Bemühungen gekündigt werden.

Er beschreibt das Aussteigerprogramm „Ikarus“: Sowohl ausstiegswillige Jugendliche als auch betroffene Eltern können dort Hilfe erhalten. Die Ikarus- Kontakt- Telefonnummer **lautet 0611/83 44 83**. Kontakte kann ebenfalls Herr Bürger vermitteln.

Herr Dr. Vaupel kommt nochmals auf den Projektnamen „Gewalt geht nicht“ und findet den Titel gut gewählt. Er beschreibt ein Beispiel aus Felsberg, und führt aus, mit dem Titel würden Rechtsradikale nicht stigmatisiert, sondern er drücke aus, dass die Gesellschaft Gewalt im allgemeinen nicht dulde. Er wünscht sich, sensibel mit der Begrifflichkeit umzugehen, um latent Bedrohte nicht noch tiefer in die Szene zu ziehen, sondern das Thema vorsichtig und sorgsam anzugehen.

Frau Credé ergänzt, dass noch geklärt werden muss, wie das Projekt in den Schulalltag angebunden werden soll. Herr Krause- Willenberg findet den Titel ebenfalls gut gewählt, Jugendliche müssten unterstützt werden.

Frau Scheffer weist noch mal auf die Woche der Ehrenamtlichen hin und gibt zu bedenken, dass sich Rechtsradikale gerne ehrenamtlich betätigen und daher auch in diesem Bereich sehr sorgfältig ausgewählt werden müsse bzw. eine kritische Überprüfung durch den Verein/Verband stattfinden müsse.

#### **TOP 7**

##### **Termine:**

25.8. fällt als regulärer Sitzungstermin aus. Stattdessen Treffen mit allen interessierten Projektausschuss- Mitgliedern zur Entwicklung von konkreten Projektideen.

Ersatztermin:

06.10. reguläre, öffentliche Sitzung mit Frau Prof. Dr. Mansfeld, Sparkassendienstleistungszentrum Homberg, 18.00 Uhr

10.11.2009 bleibt

#### **TOP 8**

Frau Scheffer bittet darum, in Zukunft die vereinbarten Sitzungstermine einzuhalten.

Herr Bürger bedankt sich bei allen SitzungsteilnehmerInnen für die aktive Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Für die Richtigkeit des Protokolls:



---

S. Bürger,  
Projektleitung



---

Spohr  
Jugendbildungsreferentin